

---

**9983 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates**

---

# **Bericht**

## **des Ausschusses für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**

### **über den Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 2018 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 2007 – MOG 2007 geändert wird**

Die im Zuge der sogenannten Omnibus-Verordnung der EU geänderten Vorschriften über Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) ermöglicht den Mitgliedstaaten neue Spielräume zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, die Österreich nun durch die gegenständliche Änderung des Marktordnungsgesetzes nützt. Nicht mehr angewendet werden sollen demnach in Zukunft die Bestimmungen über die aktiven Betriebsinhaber. Bei der Regelung betreffend die Zuweisung zusätzlicher Zahlungsansprüche bei bestimmten Hutweiden ist eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung vorgesehen. Darüber hinaus wird Novellierung zum Anlass genommen, die Empfehlung des Rechnungshofes hinsichtlich der Beteiligung der Länder an den Kosten allfälliger Anlastungen im Agrarbereich umzusetzen. Durch zwischenzeitliche Änderungen auf EU-Ebene – wie zum Beispiel das anstelle der bisherigen Schulmilchbeihilfe- und Schulobst-Regelungen neu eingeführte „Schulprogramm-System“ oder der Entfall der Milchquoten-Regelung – werden einzelne Bestimmungen des MOG 2007 angepasst bzw. aktualisiert.

Der Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft hat den gegenständlichen Beschluss des Nationalrates in seiner Sitzung am 26. Juni 2018 in Verhandlung genommen.

Berichterstatter im Ausschuss war Bundesrat Peter **Oberlehner**.

Gemäß § 30 Abs. 2 GO-BR wurde beschlossen, Bundesrat David **Stögmüller** mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

An der Debatte beteiligte sich Bundesrat Hubert **Koller, MA**.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Bundesrat Peter **Oberlehner** gewählt.

Der Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft stellt nach Beratung der Vorlage am 26. Juni 2018 mit Stimmenmehrheit den **Antrag**, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 2018 06 26

**Peter Oberlehner**

Berichterstatter

**Martin Preineder**

Vorsitzender